

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pptn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 31

13. Februar 1984

Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten, warnt vor einer unkontrollierten Verbreitung von Handfeuerwaffen. Seite 1

Ulrich Lang MdL, baden-württembergischer SPD-Landesvorsitzender, wirft Ministerpräsident Späth Blindheit auf dem "rechten Auge" vor. Seite 3

Sigrud Skarpelis-Sperk MdB rät den Unions-Politikern, sich selbst einmal dem Risiko der Arbeitslosigkeit zu stellen. Seite 5

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP sieht Hoffnung für eine Lösung des Palästina-Problems: Jassir Arafat skizzierte einen Weg zum friedlichen Miteinander. Seite 7

Zimmermann will das Waffenrecht auflockern

Es soll leichter werden, an den Drücker zu kommen

Von Vera Rüdiger  
Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Das geltende Waffenrecht stammt aus dem Jahre 1972. Es ist auf die wirksame Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes und der Kriminalität mit Schußwaffen gerichtet. Der Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Waffengesetzes soll eine Reihe von Erleichterungen bei dem Erwerb und dem Besitz von Schußwaffen mit sich bringen wie:

- Verzicht auf die Bedürfnisprüfung beim Erwerb von nicht-automatischen Langwaffen;
- Erleichterung des Munitionserwerbs für Inhaber von Waffenbesitzkarten über angemeldeten Altbesitz;
- Wegfall des Munitionshandelsbuches;
- Herabsetzung der Mindeststrafe für den unerlaubten Besitz bestimmter gefährlicher Schußwaffen.

Fast alle Länder haben bei der Vorbereitung des Gesetzes eindringlich Sicherheitsbedenken vorgebracht. Die Änderungsvorschläge des Bundesrats-Innenausschusses waren in wesentlichen Punkten eine klare Absage an die Aufweichung des Waffenrechts durch den Bundesinnenminister. Dementsprechend hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme erhebliche Sicherheitsbedenken gegen diese Lockerungsvorschläge vorgebracht. Er hat sich besonders gegen die Abschaffung der Bedürfnisprüfung und die Erleichterung des Munitionserwerbs ausgesprochen.

Mit einer unkontrollierten Verbreitung von Waffen und Munition verbinden sich vermeidbare Gefahren für die

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Vervielfältigung  
aus dem Verlagsbereich  
Bonn-Verlag



innere Sicherheit. Neben der fachlich gezielten Kritik sollte jedoch die Einbettung des Waffengesetzentwurfs in die Gesamtpolitik des Bundesinnenministers nicht übersehen werden. Im politischen Leben ist es schon angebracht, sehr genau darauf zu achten, wann und in welchem Zusammenhang hehre Begriffe wie Freiheit des Bürgers, Abbau von Bürokratie oder Befreiung der Staatsbürger "von vermeidbaren Einschränkungen und Hemmnissen" bemüht werden, wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs geheißen hat.

Zur gleichen Zeit, in der dem künstlerischen Film, in früheren Jahren wiedererstanden und weltweit anerkannt, durch die vom Bundesinnenminister geänderten Förderungsrichtlinien Gängelung und Existenzvernichtung drohen, soll der Waffenhandel dagegen mehr Freiheit und Entfaltung erhalten!

Zur gleichen Zeit, in der die Hochschulen mit den kaum zu bewältigenden bürokratischen Auswüchsen der neuen BAföG-Verordnung zu kämpfen haben, soll dagegen der Waffen- und Munitionsverkauf von vermeidbaren Einschränkungen und Hemmnissen befreit werden: Das Gewaltmonopol des Staates wird bei allen politischen Grundsatzdiskussionen nicht zuletzt vom Bundesinnenminister immer wieder für unantastbar erklärt! Nun soll es Privaten erleichtert werden, sich Waffen und Munition zu beschaffen! Welche Gefahren damit für die innere Sicherheit der Bundesrepublik verbunden sind, ist dem Bundesinnenminister bekannt.

Die Hessische Landesregierung wendet sich entschieden gegen einen solchen Abbau an innerer Sicherheit! Er brächte keinen Gewinn an Freiheit, wohl aber die Gefahr zusätzlicher Gewalt.

(-/13.2.1984/ks/va)

+ + +



Herrn Ziesel's Saat darf nicht aufgehen

Ministerpräsident Späths partielle Blindheit - auf dem rechten Auge

Von Ulrich Lang MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Die Landesregierung blockiert nach wie vor die Unterrichtung der Jugend zu dem Themenbereich "Christentum, Judentum und Antisemitismus". Der jetzt bekannt gewordene Skandal um die Mitreise des rechtsextremistisch publizistisch tätigen Kurt Ziesel in der Kanzlermaschine nach Israel macht deutlich, wie sehr wir in der Gefahr stehen, einerseits über Schrecken unserer jüngeren Vergangenheit den Mantel des Vergessens und der Verharmlosung zu bereiten, andererseits den Versuchen nicht entschieden genug wehren, eine neue gefährliche Saat aufgehen zu lassen. Ich fordere in diesem Zusammenhang den Ministerpräsidenten und seinen Kultusminister auf, sich gegenüber den Bemühungen der SPD auf entsprechende Unterrichtsgestaltung in Baden-Württemberg nicht weiterhin zu sperren.

Die jetzigen Vorgänge um Bundeskanzler Kohl und den "Völkischen Beobachter" Ziesel erhellen schlaglichtartig, in welche bedrohliche Situation unser demokratisches Gemeinwesen da hineinschlittern kann. Wenn schon der Bundeskanzler, sich als Kind der Nachkriegszeit und somit als unschuldig ausweisend, mit der tragisch-schrecklichen Vergangenheit deutsch-jüdischen Schicksals nicht umzugehen weiß, um wieviel mehr ist dann eine Unterrichtung unserer Schüler heute notwendig.

Die Landesregierung sollte deshalb umgehend der von der SPD-Landtagsfraktion schon mehrfach beantragten Wiederaufnahme der Unterrichtseinheiten "Christentum, Judentum und Antisemitismus" sowie "Krieg und Frieden" in die Lehrpläne der Schulen unseres Landes zustimmen. Daß dies, nach wiederholter Mahnung durch die Abgeordneten Moser, Rempis und Dr. Geisel, bisher nicht geschehen ist, erweist sich jetzt erst recht als skandalös.

In diesem Zusammenhang erinnere ich anlässlich der aktuellen Vorgänge bei der Kanzler-Reise ergänzend auf die seit Jahren bestehenden besonderen Verbindungen hin, die von Ex-Ministerpräsident Filbinger, der lange über seine Amtszeit hinaus mit Teilunter-



stützung staatlicher Kräfte sein "Studienzentrum Weikersheim" betreibt, zu Kurt Ziesel reichen. Hier muß die von Erhard Eppler am 24. Juni 1976 (anläßlich einer Filbinger-Dankesadresse an Ziesel) im Stuttgarter Landtag ausgesprochene Mahnung unterstrichen werden: Es gilt zu wählen zwischen der Solidarität der Demokraten und der Solidarität mit Herrn Ziesel.

Muß eigentlich immer erst Herr Galinski in Berlin aufstehen und uns wachrütteln? Es darf doch nicht wahr sein, daß fünf Jahrzehnte nach Beginn der Nazi-Schreckensherrschaft und vierzig Jahre nach den Ereignissen von 1944 die Behandlung christlich-jüdischen Zusammenlebens und der Erscheinungen des Antisemitismus als Schwerpunktthemen des Geschichtsunterrichts in Baden-Württemberg einfach in der Versenkung verschwinden, weil es ein Herr Mayer-Vorfelder so will. Das darf auch deshalb nicht sein, weil wir gerade in Baden-Württemberg auf diesem Gebiet nicht nur alten Schutt, sondern leider auch neues Gerümpel abzuräumen haben.

Dazu gehört die vor kurzem von Landtagsvizepräsident Geisel angemahnte Förderung jüdischer Gedenkstätten im Land, die von Gerhard Remppis im Parlament beantragte Eindämmung der rechtsextremistischen Aktivitäten der Gruppe Ausländerrückführung und deren Kühnen-Gruppen in einigen Städten Baden-Württembergs, die von MdL Grunert aufgedeckte Steuerbegünstigung der HIAG-SS-Kameraden, der Vertrieb der Hitler-Schallplatte mit Horst-Wessel-Lied von Stuttgart aus, das Freiburger Schießen alter SS-Kameraden, um nur wenige traurige und eigentlich schier unglaubliche Vorgänge zu nennen. Wie lange eigentlich will der Ministerpräsident dieses Landes das alles laufenlassen und einfach schweigen?  
(-/13.2.1984/ks/va)

+ + +



Ein Rat ans Adenauerhaus

Die CDU-Politiker sollten sich dem marktwirtschaftlichen Risiko der Arbeitslosigkeit aussetzen

Von Sigrid Skarpelis-Sperk MdB

Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Nicht nur der Arbeitsmarkt, sondern auch die konservative Ideenproduktion über Lösungen künftiger Wirtschaftsprobleme befindet sich in einer akuten Flaute. Alles ist klar: die Stimmung ist besser als die Lage - und selbst die seit der Wende notorisch optimistische Bundesbank beginnt die Aussichten für die Mitte der 80er Jahre gedrückter zu beurteilen.

In der Gruppe Semantik des Adenauerhauses greift die Verzweiflung schon so um sich, daß CDU-Präsident Späth beim Aussprechen von Wörtern wie "Strukturpolitik" und "vorausschauende Industriepolitik" ertappt wurde und von entsetzten Archivaren belehrt werden mußte, er habe da versehentlich den Orientierungsrahmen '85 der Sozialdemokraten zitiert.

Die Arbeitsgruppe Semantik hadert nun mit dem Schicksal und vor allem mit der Undankbarkeit deutscher Wirtschaftsjournalisten: Hatte es nicht noch vor kurzem genügt zu sagen, das beste Programm sei ein Kanzlerwechsel? So schnell sollte man bei einem Markenprodukt doch nicht auf den Wechsel der Slogans bestehen! Und für die theoretisch Gebildeten hatte man sogar mit Hilfe einiger Kieler Professoren eine kurze, einprägsame Theorie der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erfunden. In Ablösung älterer und neuerer Theorien, die dicke Bände über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten füllten, hatte die Arbeitsgruppe Semantik eine Theorie durchgesetzt, die kondensiert so lautete: Es gibt zwar Arbeitslosigkeit (in der Statistik), aber sie existiert eigentlich nicht.

Popularisiert wurde diese Theorie durch die Herren Lamsdorff und George, aber auch Herrn Esser und lautete dann für den Gebrauch konservativ-liberaler Stammtische so: objektiv gibt es für jeden Arbeit - wenn er dafür nur kein (oder wenigstens weniger) Geld wollte.

Zur Gewöhnung einer noch unwilligen Öffentlichkeit wurde der Versuchsballon einer zehn- bis 15prozentigen Reallohnkürzung vorgeschlagen und den Frauen die Rückkehr zu Kindern, Küche und Familie empfohlen, wobei sie ihren Arbeitsdrang (kostenlos) karitativ in der Nachbarschaft austoben können.

Aus dieser Theorie und nicht etwa aus der Kürzungswut des Finanzministers leitet sich denn auch folgerichtig die Kürzung des Arbeitslosengeldes ab: Wenn zu hohes Einkommen der Grund für Arbeitslosigkeit ist, dann ist es logisch, daß der Grund - also das Einkommen - reduziert werden muß.

Nachdem diese Theorie, trotz Blüm'scher Gebete, keine sichtbaren Erfolge zeitigen will, ist guter Rat im Adenauerhaus teuer.

Also: hier ein guter und marktwirtschaftlicher Rat, der eine Tendenzwende in der Ideenvielfalt der christdemokratischen Arbeitsmarktpolitik einleiten wird: Erfinder



und Verbreiter der genannten Thesen unterwerfen sich einem Selbstversuch. Das könne so aussehen: Die Namen aller an der Arbeitsmarktdiskussion Beteiligten: zum Beispiel Kanzler, Minister, MdB's, Professoren und Wissenschaftler im Sachverständigenrat, im Wirtschaftsministerium und in den Konjunkturinstituten, im Präsidium der Bundesbank, den Leitungsgremien des BDI, des DIHT sowie alle leitenden Wirtschaftsredakteure in Funk, Fernsehen und Zeitungen werden in eine Lostrommel geworfen. Aus dieser Trommel werden allwöchentlich, entsprechend dem Prozentsatz der Arbeitslosenzahlen, Personen gezogen, die ab sofort entlassen werden und den Durchschnittssatz des Arbeitslosengeldes erhalten.

Die Auslosung könnte, damit die Sache mehr Wirkung kriegt, von Präsident Stingl vorgenommen werden, der dann mit sonorer Stimme die Betroffenen bekannt gibt, zum Beispiel: Es hat diesmal das Los die Herren George und Lambsdorff, die Redakteure Schröder und Brawand, Bundesbankpräsident Pöhl und von der Wissenschaft Herrn Professor Dr. Sievers getroffen. Besonders bedauerlich ist das Schicksal von Herrn Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg - wie soll er jetzt mit dem von ihm selbst gekürzten Arbeitslosengeld die Miete bezahlen?

Den Entlassenen wird zur Auflage gemacht, sich sofort um eine neue Arbeitsstelle zu bemühen. Dabei haben sie dann Gelegenheit, die Zumutbarkeitsregelung am eigenen Leibe zu überprüfen.

Auch für andere Regelungen, wie zum Beispiel das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, wäre ein Selbstversuch geeignet: Die Kabinettsitzungen beginnen regelmäßig um sechs Uhr morgens. Und um die Regelung für Bäckerlehrlinge auch wirklich praxisnah bewerten zu können, finden die Leitungsbesprechungen im Arbeitsministerium um vier Uhr morgens statt, schließlich sind die Herren Blüm und Franke schon über 17 Jahre alt - also nicht mehr schonungsbedürftig.

Es macht übrigens wenig Sinn, den Selbstversuch nur für kurze Zeit durchzuführen. Einige sollten die Gelegenheit haben, den Übergang vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe praktisch zu erproben.

Allein schon die Erkenntnis, möglicherweise selbst vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, würde mit Sicherheit eine "neue Sensibilität" für Arbeitsmarktrisiken schaffen und würde die Phantasie vieler Experten der Konservativ-Liberalen anregen.

Kanzleramt und Adenauerhaus würden mit einer Fülle von ernstgemeinten Vorschlägen überschüttet, die Wirtschaftsmedien sehr viel sensibler und auch das Kabinett wach und positiv in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. (-/13.2.1984/ks/va)

+ + +



Wichtige Zugeständnisse der PLO

Erstes Treffen zwischen PLO-Führer Arafat und Delegation aus dem Europäischen Parlament

Von Heidemarie Wleczorek-Zeul MdEP

Die PLO ist bereit, im Rahmen von Friedensverhandlungen das Existenzrecht Israels in gesicherten Grenzen zu akzeptieren, wenn gleichzeitig in diesem Prozeß das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser garantiert und ihnen ein Heimatland gegeben wird. Das hat Jassif Arafat der Delegation des Europäischen Parlaments, die unter meiner Leitung letzte Woche die arabische Republik Jemen (Nordjemen) besuchte, versichert.

Es war das erste Zusammentreffen des Chefs der Palästinensischen Befreiungsorganisation mit Vertretern des Europäischen Parlaments aus allen Fraktionen: Christdemokraten, englische Konservative, Gaullisten, Liberale, Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Arafat hat in diesem Gespräch ebenfalls Bewegung in einem anderen wichtigen Bereich signalisiert: Die PLO sei bereit in Verhandlungen mit Jordanien eine Konföderation als Zwischenstufe zu einem Palästinenserstaat zu akzeptieren.

Mittlerweile hat auch das Ägypten Hosni Mubaraks seine Verpflichtungen aus dem Camp-David-Vertrag bezüglich der Westbank und des Gazastreifens so flexibel ausgelegt, daß es die PLO an den Autonomieverhandlungen zwischen Ägypten, Jordanien und Israel beteiligen möchte. Damit zeichnet sich eine mögliche Lösung im Nahen Osten ab, die, ohne daß die PLO formell und verbal das Camp-David-Abkommen und den Reagan-Plan akzeptiert hat, doch deutliche Kompromißlinien zwischen diesen und den Vorschlägen der arabischen Seite (Fes-Plan etc.) sichtbar werden läßt.

Diese Kompromißbereitschaft der arabischen Seite wurde uns auf unserer Reise im Jemen auch durch den Generalsekretär der Islamischen Weltkonferenz, Chadli, bei der Interpretation der Konferenzergebnisse dieser Organisation in Casablanca signalisiert.



Den Stolperstein zu Verhandlungen stellen damit Israel und die inkonsequente, lediglich auf die anstehenden Präsidentenwahlen fixierte US-Politik im Nahen Osten dar.

Wir Europaabgeordnete haben deshalb aus Überzeugung den Appell Jassir Arafats an uns nach einer europäischen Initiative aufgegriffen.

Eine neue EG-Initiative, die auch politisch weiterverfolgt wird, ist deshalb besonders dringend, weil die jetzige US-Regierung bis zu den Wahlen im November 1984 von selbst kaum Druck auf Israel ausüben wird, damit es weitere Besiedlungen auf dem von ihm besetzten Gebiet unterläßt, und weil die israelische Regierung in diesem Zeitraum durch neue "Siedlungen" versuchen wird, vollendete Tatsachen auf der Westbank zu schaffen.

Wenn aber die Kompromißbereitschaft der Arafat-Linie ohne Erfolg bleibt, dann besteht die Gefahr einer Veränderung der Mehrheiten in der PLO und damit der Hinwendung zur bloßen "militärischen Linie". Ein weiteres Mal wäre die Chance vertan, durch eine politische Lösung im Nahen Osten, durch eine Verwirklichung eines Palästinenserstaates, der Gewalt die Basis zu entziehen.

Deshalb schlagen wir zur Verwirklichung einer friedlichen politischen Lösung im Nahen Osten und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser eine neue Initiative der EG-Mitgliedsstaaten vor, ähnlich dem französisch-ägyptischen Vorschlag von 1982: Eine neue Nahost-Konferenz im Rahmen der UN soll einberufen werden unter Beteiligung aller betroffener Länder und Gruppen. Nur so wäre ausreichend Druck auf die USA und Israel auszuüben, sich einer Verhandlungslösung nicht zu entziehen. (-/13.2.1984/va/bgy)

+ + +

